

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: 24.3.05, 13.30 Uhr

21. Vereinte Nationen der Studenten

**(Pädagogisches Ausbildungszentrum Musegg,
Kantonales Lehrer/innen-Seminar Hitzkirch und
Menzigen und Kollegium Spiritus Sanctus Brig)**

**„Von einer Idee zu einer diplomatischen
Initiative der Schweiz in der UNO“**

Referat von

**Wolfgang Amadeus Brühlhart, Chef
der Sektion „Menschenrechtspolitik“
Politische Abteilung IV, EDA**

**24. März 2005, 13.00 Uhr
in Luzern**

Herr Präsident
Meine Damen und Herren
Delegationsmitglieder

Vor 25 Jahren organisierten die Studierenden des Kollegiums Sankt Michael in Freiburg im Rahmen des Staatskunde-unterrichts des Luzerner Lehrers Franz Peter eine „gespielte UNO-Vollversammlung“. Ich war einer der Organisatoren. Angestiftet hatte uns dazu die Erfahrung, die wir zuvor an der SUN – Student’s United Nations – in Genf gemacht hatten – als „finnische Delegation“.

Ihre Einladung hat mich sehr gefreut und mich in diese Zeit zurückgeführt. Erinnerungen wurden wach, gute Erinnerungen. Damals hätte ich nicht gedacht, dass ich später einmal eine Rolle in der internationalen UNO-Politik wahrnehmen und in einer Schweizer Delegation sein könnte. Das „Spiel“ vor 25 Jahren ist bei mir Realität geworden.

Vor 10 Tagen hat in Genf die 61. UNO-Menschenrechts-kommission begonnen. Ich bin Mitglied der Schweizer Delegation und kann Ihnen heute aus der „Realität“ berichten, wie dies Ihr Präsidiumsmitglied David Roth von mir gewünscht hat.

David Roth bat mich gebeten, aufzuzeigen, wie eine Idee für eine diplomatische Initiative der Schweiz in der UNO entsteht, wie sie in die UNO eingebracht wird, und wie sie umgesetzt wird.

Jede Demokratie braucht Nachwuchs

Herr Präsident,
liebe Studierende

Jede Demokratie braucht Nachwuchs, jede Demokratie braucht junge Menschen, die sich für die Politik interessieren, die sich als Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen lassen, jede Demokratie braucht die Auseinandersetzung mit verschiedenen Ideen, Ueberzeugungen und Politiken.

Die Schweiz als UNO-Mitglied braucht aber auch junge Menschen, die sich für die UNO-Politik der Schweiz interessieren und junge Menschen, die diese Politik mit neuen Ideen gestalten wollen.

Die Nachspielung der UNO-Generalversammlung ist ein spannendes Lernfeld für die internationale Politik. Wenn Sie daran noch Spass haben, wie ich dies vor 25 Jahren hatte, werden Sie vielleicht motiviert sein, in die Politik, wer weiss, vielleicht sogar in die internationale Politik einzusteigen.

Es würde mich freuen, wenn einige von Ihnen in 25 Jahren an meiner Stelle stehen und die Schweizer UNO-Politik mitgestalten würden. Ich wünsche mir auch, dass viele von Ihnen in die Politik einsteigen und die Gemeinde-, Kantonal- oder Bundespolitik mitgestalten würden.

Politik machen heisst auch „Gestalten“. Menschen können gestalten,
- wenn sie sich auf einem kreativen Nährboden bewegen können,
- wenn sie ihre Ideen frei äussern können,

- wenn sie nicht Angst haben müssen, für ihre, auch aussergewöhnlichen Ideen „abgestempelt“ zu werden, sondern darauf vertrauen können, für ihre aussergewöhnlichen Ideen gelobt zu werden.

Ich zitiere dazu Mark Twain: „Menschen mit einer Idee gelten solange als Spinner, bis sich die Sache durchgesetzt hat.“

Eine Demokratie mit Zukunft braucht zukunftsweisende Ideen!
Sie braucht gestalterische Ideen, die sich durchsetzen!

Kreative Prozesse zulassen

Nun also: Wie kommen überzeugende diplomatische Initiativen in einer Verwaltung zustande?

Ich meine, indem Vorgesetzte kreative Prozesse zulassen, das heisst Prozesse, wo auch Aussergewöhnliches gedacht und ausgedrückt werden kann. In meinem bisherigen 18 Berufsjahren in Politik, Verwaltung und Diplomatie habe ich festgestellt, dass sich letztlich überzeugende Ideen, Projekte oder Initiativen immer durchsetzen. Denn:

„Nichts ist mächtiger als eine Idee zur richtigen Zeit“ (Victor Hugo)

In diesem Sinne möchte ich Ihnen auf den Berufsweg mitgeben:

Bleiben Sie und seien Sie kreativ und dynamisch! Wenn Sie eine gute Idee haben und von ihr überzeugt sind, engagieren Sie sich für diese Idee, auch wenn am Anfang alle gegen Sie sind. Auch andere haben dies in der Vergangenheit getan.

Vor hundert Jahren hatte der damals 26 Jahre alte Albert Einstein als Angestellter des am Patentamt in Bern fünf Arbeiten veröffentlicht, die die Physik revolutionieren sollten. Einstein baute seine spezielle Relativitätstheorie in den folgenden Jahren zur allgemeinen Relativitätstheorie aus. Ich zitiere aus der NZZ vom 16. März 2005: „Erst Einsteins rebellische Art, sein unkonventionelles Aeusseres, sein Weltbürgertum und sein engagiertes Eintreten für Frieden und Gerechtigkeit haben aus dem begnadeten Physiker ein Massenidol gemacht.“

Einstein sagte einmal: „Phantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist beschränkt.“

An einem konkreten Beispiel zeige ich Ihnen auf, dass solche kreative Prozesse auch in der Berner Bundesverwaltung stattfinden und daraus diplomatische Initiativen entstehen können.

Zwei Schweizer Resolutionen an der diesjährigen UNO - Menschenrechtskommission

Jedes Jahr, von Mitte März bis Ende April, findet in Genf die UNO-Menschenrechtskommission statt. Die Kommission zählt 53 Mitgliedstaaten. Mitreden und Resolutionen unterstützen können aber auch die Staaten wie die Schweiz, die nicht Mitglied der Kommission sind. Nichtregierungsorganisationen und nationale Menschenrechtsinstitutionen können mitreden.

Staaten können thematische Resolutionen oder Resolutionen über Menschenrechtssituationen von Ländern einbringen, die dann, wie bei Ihnen, verhandelt und verabschiedet werden. Die

Schweiz wird, wie ich oben bereits gesagt habe, an der diesjährigen UNO – Menschenrechtskommission voraussichtlich zwei Resolutionen einbringen:

- Die eine zum Thema „Menschenrechte und transitionelle Justiz“. Die Resolution verlangt vom UNO-Hochkommissariat einen Bericht zu diesem Thema.
- Die andere zur Menschenrechtssituation in Nepal.

Schweizer Vorschläge für eine Reform der UNO-Menschenrechtskommission

Die UNO – Menschenrechtskommission hat in den letzten 60 Jahren einiges erreicht. Sie hat wichtige Menschenrechtsstandards gesetzt. Heute geht es vor allem darum, dass die Menschenrechtsnormen umgesetzt werden. Für diese Umsetzung der Menschenrechtsnormen braucht es ein reformiertes UNO – Menschenrechtssystem.

Frau Bundesrätin Micheline Calmy–Rey hat vor zwei Jahren, an ihrer ersten UNO – Menschenrechtskommission die Frage der Reform der UNO-Menschenrechtskommission gestellt. Im Anschluss hat meine Sektion das Institut für öffentliches Recht der Universität Bern beauftragt, Reformvorschläge auszudenken. Eine Idee war die Schaffung eines UNO – Menschenrechtsrates anstelle der heutigen UNO – Menschenrechtskommission. Das heisst, dass es neben dem UNO – Sicherheitsrates ein neues Hauptorgan gäbe, das sich mit den Menschenrechten befasst. Dafür wäre die Aenderung der UNO-Charta notwendig.

Diese Idee wurde innerhalb der Verwaltung diskutiert. Eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, die fortan als Team wichtige Ueberzeugungsarbeit leistete. Kritische Fragen wurden gestellt: Ist der Vorschlag nicht zu visionär? Ist die Idee realisierbar? Welche Staaten könnten diesen Vorschlag mitunterstützen? Das kontradiktorische Konsultationsverfahren war nützlich und brachte die Idee weiter - zu vergleichen mit einem Reifungsprozess eines Apfels, der, wenn er reif ist, vom Baum fällt.

In einem weiteren Prozess hatten wir den „gereiften“ Vorschlag mit Staaten, die in der Menschenrechtspolitik ähnliche Ziele verfolgen (so genannte „like-minded Staaten“), auf seine Realisierbarkeit getestet. Die Echos waren mehrheitlich positiv.

Im September 2004 hatte Aussenministerin Calmy – Rey in New York eine Diskussion mit Mitgliedern des High Level Panels, ein Expertengremium, das von UNO-Generalsekretär Kofi Annan eingesetzt wurde mit dem Auftrag, Vorschläge für eine Reform der UNO zu machen. In diese Diskussion brachte Frau Bundesrätin Calmy – Rey die Idee eines UNO-Menschenrechtsrates als langfristige Option ein. Die Schweizer Mission in New York führte in den darauf folgenden Tagen und Wochen die Gespräche weiter.

Im Dezember 2004 stellte das High Level Panel seinen Reformbericht vor. Der Bericht erwähnte als langfristige Option die Schaffung eines UNO – Menschenrechtsrates.

Diese Berücksichtigung bestärkte unsere Motivation weiterzufahren. Die Gespräche mit „like-minded“ Staaten wurden vertieft, die Mission in New York leistete weitere Ueberzeugungsarbeit und ein engagiertes Lobbying.

Gespannt blickten wir auf den 21. März 2005. An diesem Tag stellte UNO-Generalsekretär Kofi Annan seinen UNO- Reformbericht vor. Ein kleinerer, aber ständiger UNO – Menschen-

rechtsrat (als Hauptorgan oder als subsidiary body der Generalversammlung) soll die UNO-Menschenrechtskommission in Genf ersetzen. Die Generalversammlung soll neu – mit Zweidrittelsmehrheit - die Mitglieder wählen. Das Engagement der Schweiz hat Früchte getragen.

Sie sehen, wie sich eine Idee langsam und dank des hartnäckigen Einsatzes für die Idee zur Politik verfestigen kann. Sie sehen, dass ein Land wie die Schweiz mit substanziellen Ideen eine weltweite Debatte wie die UNO-Menschenrechtsreform beeinflussen und mitgestalten kann.

Es braucht auch in Zukunft kreative Ideen, die – so wünsche ich es mir - auch von Euch kommen werden. Nach dem chinesischen Sprichwort: „Auch eine Reise von tausend Meilen muss mit einem Schritt beginnen.“

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(BTW)